

N i e d e r s c h r i f t

über die. 5. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Dienstag, dem 15.11.2016, um 20:00 Uhr im Lindener Ratsstuben, Sitzungssaal

Stadtverordnetenvorsteher

Herr Ralf Burckart

Stadtverordnete/r

Herr Jürgen Arnold
Herr Hans Bausch
Frau Anneliese Bork
Herr Dennis Braun
Herr Michael Fischer
Frau Renate Geiselbrechtinger
Frau Dr. Michaela Goll
Herr Dirk Hansmann
Herr Volker Heine
Herr Frank Hille
Herr Wolfgang Hoth
Frau Gisela Koch
Frau Antonia Kühne
Frau Gudrun Lang
Frau Karin Lenz
Herr Dr. Ulrich Lenz
Herr Manfred Leun
Frau Franziska Lodde
Herr Hendrik Lodde
Herr Friedel Löser
Frau Antje Markgraf
Herr Burkhard Nöh
Herr Peter Reinwald
Herr Frank Rippl
Frau Franziska Schaffer
Herr Joachim Schaffer
Herr Dr. Christof Schütz
Herr Matthias Spangenberg
Herr Tim-Ole Steinberg
Herr Thomas Utschig
Herr Fabian Wedemann
Herr Lothar Weigel
Frau Alisha Weitze
Herr Michael Wolter
Herr Dr. Heinz-Lothar Worm

Magistrat

Herr Thomas Altenheimer
Herr Norbert Arnold
Frau Petra Braun
Herr Sven Deeg
Herr Wolfgang Gath
Herr Jörg König
Herr Reinhold Krapf
Herr Robert Kreuzinger-Ibe
Herr Gerhard Trinklein

Ausländerbeiratsvorsitzender

Herr Abraham Abrahamian

von der Verwaltung

Herr Frank Hölzel
Patrick Retzer

Presse

Herr Harold Sekatsch
Herr Thomas Wißner

Protokollführer/in

Frau Renate Wolf

Abwesend:

Stadtverordnete/r

Herr Dirk Seim

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Berichterstattung durch den Magistrat
- 3 Kindergartenneubau
Vorlage: /0014/16-21
- 4 Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan der Stadt Linden für das Jahr 2016
Vorlage: /0015/16-21
- 5 Freigabe überplanmäßiger Ausgaben im Rahmen der Beschaffung eines Wechselladerfahrzeugs für die Feuerwehr Linden – Großen-Linden
Vorlage: /0016/16-21
- 6 Satzung der Stadt Linden zur Regelung des Nikolausmarktes - Marktsatzung-
Vorlage: /0017/16-21
- 7 Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Linden zur Regelung des Nikolausmarktes -Marktsatzung-
Vorlage: /0018/16-21
- 8 Änderung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden
- 9 Antrag auf Einführung einer „Bürger-Frageviertelstunde“
Vorlage: FA/0002/16-21
- 10 Ratsinformationssystem
Vorlage: FA/0008/16-21
- 11 Öffentliches WLAN
Vorlage: FA/0011/16-21
- 12 Antrag zum Thema „Ökologisches Linden“
Vorlage: FA/0012/16-21

- 13** „Einführung einer Zweitwohnungssteuer“
Vorlage: FA/0019/16-21
- 14** Satzung über die Erhebung einer Wettbürosteuer
Vorlage: FA/0020/16-21
- 15** Ehrenamtspreis
Vorlage: FA/0021/16-21
- 16** KITA Rindsmühle
Vorlage: FA/0023/16-21
- 17** Antrag zum Thema „Soziales Linden“
Vorlage: FA/0024/16-21
- 18** Antrag gem. § 12 GO
Willkomenspaket für Neu-Lindener
Vorlage: FA/0025/16-21
- 19** Antrag gem. §12 GO
Vorlage: FA/0026/16-21
- 20** Antrag gem. § 12 GO
Vorlage: FA/0027/16-21
- 21** Anfragen der Stadtverordneten und Verschiedenes

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Stadtverordnetenvorsteher Burckart eröffnet die 5. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und begrüßt alle Anwesenden. Besonders herzlich begrüßt er den neuen Vorsitzenden des Ausländerbeirates, Herrn Abrahamian.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert Stadtverordnetenvorsteher Burckart allen Parlamentariern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde, die vorgeschriebene Veröffentlichung in den Lindener Nachrichten erfolgte und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Zur Tagesordnung ergeben sich folgende Änderungen:

Bgm. König teilt mit, dass der TOP 15 abgesetzt werden soll; der Magistrat wird eine entsprechende Vorlage fertigen und zur nächsten Sitzung vorlegen.

Stadtverordnete Lang bittet um Absetzung des TOP 16, da diese Prüfung bereits erfolgt ist.

Hiergegen ergeben sich keine Einwände, so dass die folgenden Punkte entsprechend vorrücken.

Zu TOP 2 Berichterstattung durch den Magistrat

Bericht zum Haushaltsvollzug

Bgm. König trägt den Bericht zum Haushaltsvollzug vor; dieser wurde allen Parlamentariern ausgehändigt.

Stadtentwicklungskonzept

Der Magistrat wird sich in der kommenden Klausurtagung mit diesem Thema befassen. Es hat hierzu schon ein Gespräch mit einem Fachunternehmen stattgefunden; dieses hat bereits für eine Kommune aus dem Umfeld ein derartiges Konzept erstellt. Entsprechende Haushaltsmittel sind im HH 2017 einzustellen.

Ökologisches Linden

Am 17.12.2016 ist Bgm. König als Gast zur Gesellschafterversammlung der Energiegesellschaft Lumdatal eingeladen; danach wird er entsprechend berichten.

Schwimmbad

Im August 2016 wurde ein Wasserverlust festgestellt. Mit einem Spezialunternehmen konnte das Leck geortet werden. Derzeit ist man dabei das Leck zu schließen.

Regenbogenland

Hierzu wurde ja bereits mitgeteilt, dass der Architekt einer Fassadenänderung nicht zugestimmt hat. Im Auflösungsvertrag ist jedoch klar definiert, dass hier die Stadt frei entscheiden kann. Dazu wurde der Architekt erneut angeschrieben und um Stellungnahme gebeten. Diese steht noch aus.

Baugebiet Nördlich Breiter Weg

Die sogenannten „Landeinbringer“ (24 Personen) wurden angeschrieben; 3 Personen haben von ihrer Bauplatzoption Gebrauch gemacht.

Anschließend wurden alle anderen Interessenten angeschrieben, mit der Bitte, den beiliegenden Bewerbungsbogen ausgefüllt bis zum 18.11.2016 an die HLG zurückzusenden. Anschließend erfolgt die Auswertung nach den Vergaberichtlinien und danach kann die Bauplatzvergabe durchgeführt werden.

Ausbau Breiter Weg

Nach der letzten Anliegerversammlung wurde eine Umfrage gestartet, wie diese Verkehrsanlage künftig ausgestaltet werden soll. Von den 200 angeschriebenen Personen haben sich 54 Personen für die Tempo 30-Zone und 27 Personen für den verkehrsberuhigten Bereich (Schrittgeschwindigkeit) ausgesprochen.

Zur Baumaßnahme selber ist auszuführen, dass es noch in diesem Jahr einen Pressetermin mit Spatenstich geben wird, die partielle Kanalsanierung wird begonnen und Wasser- und Straßenbau werden im kommenden Jahr ausgeführt.

Webseite Stadt Linden

Die neue Homepage liegt vor und kann entsprechend genutzt werden.

Wertstoffhof

Zwischenzeitlich konnte mit dem Kreis eine Einigung erzielt werden; der entsprechende Vertrag liegt noch nicht vor.

Kindergarten Grundstück „Rindsmühle“

Wie bereits bekanntgegeben, war der Eigentümer nicht von der Idee begeistert, dort einen neuen Kindergarten zu bauen.

„Die Mäuschen“

Auch hier konnte eine Einigung erzielt werden, mit der sowohl Frau Weber als auch die Stadt einverstanden ist. Dies wird in den Ausschüssen noch entsprechend erörtert.

Zum Bericht des Magistrat ergibt sich folgende Wortmeldung:

Stadtverordneter Heine möchte wissen, ob die Vergaberichtlinien für die neuen Baugrundstücke nun durch den Magistrat beschlossen wurden.

Dies wird von Bgm. König bejaht.

Zu TOP 3 Kindergartenneubau Vorlage: /0014/16-21

Stadtverordnetenvorsteher Burckart erklärt, dass hier die Vorlage Nr. 014a/16/21 zur Beratung ansteht.

Bgm. König teilt mit, dass aufgrund der neu bekanntgegebenen Bedarfszahlen für künftige Kinderbetreuung der Bau eines neuen Kindergartens erforderlich ist.

Der Ausschuss für Jugend-Soziales-Sport und Kultur hat mit 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt hat hierzu (Magistratsvorlage Drucksache Nr. 14/16/21) wie folgt abgestimmt: 2 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen; somit wurde keine Beschlussempfehlung erteilt.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat mit 7 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Stadtverordneter Reinwald erklärt, dass es grundsätzlich als positiv zu bewerten ist, dass ein neuer Kindergarten gebaut werden soll.

Allerdings habe man beim letzten Kindergartenneubau feststellen müssen, dass Unstimmigkeiten mit dem/einem Architekten auftreten können. Seiner Meinung nach müssen gewisse Qualitäten gesichert sein/werden.

Aus diesem Grund bringt er einen Ergänzungsantrag zur Magistratsvorlage Nr. 14a/16/21 ein (verteilt an die Fraktionsvorsitzenden und den Stadtverordnetenvorsteher), der im Wesentlichen darauf beruht, dass die Stadt Linden nicht über das entsprechende Fachpersonal verfügt und somit eine externe Beratung erforderlich ist.

Stadtverordneter Dr. Schütz erklärt, dass seine Fraktion darauf besteht, dass in der Vorlage ein Erinnerungsvermerk dahingehend aufgenommen wird, dass der Magistrat damit beauftragt wird, die Planung entsprechend dem Energiestandard durchzuführen.

Stadtrat Leun teilt mit, dass er an der Abstimmung nicht teilnehmen wird, da ihm die im HFA geforderten und zugesagten Bedarfszahlen nicht vorgelegt wurden.

Stadtverordnete Lodde erklärt, dass ihrerseits der Bedarf glaubwürdig nachgewiesen wurde. Allerdings hält sie es zum jetzigen Zeitpunkt nicht für notwendig, über Energiestandard und Fachpersonal zu beschließen. Jetzt ginge es „nur“ um den Startschuss, damit der Magistrat entsprechend handeln könne.

Stadtverordneter Hille bemängelt zum Ergänzungsantrag der FDP die Kurzfristigkeit und findet es nicht klug, dass er in dieser Form vorgetragen wird. Hier müsse ggf. eine Sitzungsunterbrechung erfolgen oder der Antrag muss abgelehnt werden.

Auch Stadtverordneter Spangenberg sieht dies so ähnlich. Es gebe keinen Grund, sich heute dazu zu äußern und empfiehlt ebenfalls, den Antrag zurückzuziehen.

Stadtverordneter Reinwald zieht den Antrag zurück.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart möchte vom Stadtverordneten Dr. Schütz wissen, ob dieser seinen Erinnerungsvermerk aufrecht hält.

Stadtverordneter Dr. Schütz weist auf einen Beschluss aus dem Jahr 2009 hin, in dem festgelegt wurde, wie künftig alle öffentlichen Gebäude der Stadt errichtet werden sollen. Dies sei ein Antrag der CDU und FW gewesen.

Aber auch er nimmt den Antrag auf Ergänzung/Erinnerung zurück.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 014a/16/21 ergibt bei Nichtteilnahme des Stadtverordneten Leun an der Abstimmung eine mehrheitliche Annahme.

Zu TOP 4 Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan der Stadt Linden für das Jahr 2016
Vorlage: /0015/16-21

Bgm. König bringt die Nachtragshaushaltssatzung und den Nachtragshaushaltsplan der Stadt Linden für das Jahr 2016 ein; hierbei geht es um Erhöhung des Stellenplans.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart bittet um entsprechende Terminabsprache zur Beratung.

Zu TOP 5 Freigabe überplanmäßiger Ausgaben im Rahmen der Beschaffung eines Wechselladerfahrzeugs für die Feuerwehr Linden – Großen-Linden
Vorlage: /0016/16-21

Bgm. König erläutert kurz den Grund für diese Anschaffung. Im HH sind bisher 150.000,00 € eingestellt gewesen. Die Ausschreibung hat jedoch einen Mehrbedarf von 16.843,95 € ergeben, so dass ein entsprechender Beschluss zu fassen ist.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 016/16/21 ergibt einstimmige Annahme.

**Zu TOP 6 Satzung der Stadt Linden zur Regelung des Nikolausmarktes -Marktsatzung-
Vorlage: /0017/16-21**

Da der Gewerbeverein nicht mehr existiert, wird der Nikolausmarkt von der Stadt Linden durchgeführt und muss daher eine Nikolausmarktsatzung – angelehnt an die Satzung für den Marienmarkt – erhalten.

Der Ausschuss für Jugend, Soziales, Sport und Kultur hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Stadtverordneter Bausch ist der Meinung, dass diese Satzung länger als 1 Jahr gelten soll und nicht wie von Bgm. König ausgeführt für 1 Jahr.

Bgm. König stimmt dem grundsätzlich zu. Wenn jedoch wieder ein Gewerbeverein existiert, soll dieser den Nikolausmarkt wieder durchführen und dann ist keine Satzung mehr notwendig.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 017/16/21 ergibt einstimmige Annahme.

**Zu TOP 7 Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Linden zur Regelung des Nikolausmarktes
-Marktsatzung-
Vorlage: /0018/16-21**

Neben der Marktsatzung ist eine Gebührensatzung erforderlich; für den Gewerbeverein war dies nicht erforderlich. Die hierin genannten Preise entsprechen denen, die der Gewerbeverein verlangt hat.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat bei 7Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Im JSSK-Ausschuss wurde darüber nicht beraten, sondern an den HFA verwiesen.

Stadtrat Leun hatte in der HFA-Sitzung gefragt, ob man die Lindener Bürger nicht herausnehmen sollte und hatte dies auch begründet. Er fragt nach, ob dieser Punkt durch den Bürgermeister geklärt wurde.

Laut Bgm. König hat es hierzu keine weiteren negativen Einwendungen gegeben, so dass hier keine Änderung erfolgt ist.

Stadtverordneter Bausch erklärt, dass man diese Gebührensatzung nur für 1 Jahr beschließen sollte, um sie dann der Gebührensatzung des Marienmarktes anzupassen.

Stadtverordneter Hille sieht keinen Grund für eine zeitliche Befristung. Wenn Änderungsbedarf bestünde, könne man die Gebührensatzung jederzeit neu beschließen.

Stadtverordneter Bausch stellt trotzdem den Antrag, dass die Gebührensatzung nur für 1 Jahr gelten soll.

Bei 10 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen wird dieser Antrag abgelehnt.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 018/16/21 ergibt bei 3 Enthaltungen und keiner Gegenstimme eine mehrheitliche Annahme.

Zu TOP 8 Änderung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden

Es liegt jedem Parlamentarier eine entsprechende Synopse vor, die im Ältestenrat in einigen Sitzungen so ausgearbeitet wurde. Dem Stadtverordnetenvorsteher wurde auch seitens des Ältestenrates signalisiert, dass diese so angenommen wird.

Er fragt nach weiteren Wortmeldungen bzw. Änderungswünschen.

Stadtverordneter Fischer erklärt, dass die Geschäftsordnung zumindest im HFA hätte beraten werden müssen.

Daraufhin erklärt Stadtverordnetenvorsteher Burckart, dass so verfahren werden soll und verweist die Änderung an den HFA.

Zu TOP 9 Antrag auf Einführung einer „Bürger-Frageviertelstunde“ Vorlage: FA/0002/16-21

Laut Stadtverordnetenvorsteher Burckart gab es hierzu diverse Ergänzungen und Änderungsanträge.

Stadtverordneter Reinwald teilt mit, dass zwischenzeitlich mehrere Gespräche geführt wurden, die dazu geführt haben, dass ein Änderungsantrag (Stand: 08.11.2016) eingebracht wird. Er liest den Änderungsantrag und die entsprechende Begründung vor.

Stadtverordneter Hille trägt den gemeinsamen Änderungsantrag der CDU/SPD vor und begründet diesen ausführlich.

Stadtverordneter Reinwald stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Gemäß § 15 Abs. 2 betreffen Änderungsanträge nur geringfügige Änderungen des Hauptantrages und dies sei bei dem Antrag der CDU/SPD nicht der Fall. Daher sei dieser Antrag abzulehnen.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart stellt den Antrag zur Geschäftsordnung zur Abstimmung:

„Wer sieht den gemeinsamen Änderungsantrag der CDU / SPD-Fraktion als einen nicht geringfügigen Änderungsantrag an, so dass dieser nicht zuzulassen ist“.

Bei 12 Ja-Stimmen und 24 Nein-Stimmen wird der Änderungsantrag zugelassen.

Stadtverordneter Spangenberg bittet um Behandlung im HFA.

Nach der sich anschließenden kontrovers geführten Diskussion wird dieser Tagesordnungspunkt an den HFA verwiesen.

Zu TOP 10 Ratsinformationssystem Vorlage: FA/0008/16-21

Bgm. König teilt mit, dass hier noch Prüfungsbedarf besteht. Heute sei ein weiteres Angebot zu dieser Technik eingegangen. Man werde eine entsprechende Zusammenstellung fertigen und danach erneut dem Parlament vorlegen.

Laut Stadtverordnetenvorsteher Burckart war dies bisher nur als Info in den Ausschüssen.

Zu TOP 11 Öffentliches WLAN
Vorlage: FA/0011/16-21

Bgm. König führt aus, dass auch hier noch Prüfbedarf besteht. Auch aus den Ausschüssen sind hierzu noch diverse Anregungen abgegeben worden, die nachzuverfolgen sind.

Zu TOP 12 Antrag zum Thema „Ökologisches Linden“
Vorlage: FA/0012/16-21

Bgm. König berichtet hierzu, dass die Statik des Baus die Errichtung einer Photovoltaik-Anlage zulässt; auch die Dachausrichtung ist dafür geeignet. Derzeit wird noch eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung angestellt. Danach werden entsprechende Angebote eingeholt.

Stadtverordneter Reinwald bittet um Prüfung, ob eine Vermietung dieser Flächen in Frage käme.

Laut Bgm. König werde dies im 2. Schritt erfolgen.

Zu TOP 13 „Einführung einer Zweitwohnungssteuer“
Vorlage: FA/0019/16-21

Bgm. König verweist hierzu auf die schriftliche Auskunft.

Stadtverordneter Bausch ist über die Antwort des Magistrats enttäuscht, da es sich nicht um eine Abarbeitung des eigentlichen Antrages handelt. Es wurde nicht weiter recherchiert, wie andere Kommunen dies handhaben. Auch die Anmerkung der Kämmerei empfindet er als vollkommen überflüssig.

Laut Bgm. König ist es Fakt, dass die Arbeit geleistet werden muss und ständige Änderungen hinzukommen, so dass dies zu weiteren Personalkosten führt.

Stadtverordneter Dr. Schütz findet es unglücklich, wenn man die Anfrage einer Fraktion an den Kosten festmache, um sie abzulehnen. Wohl in der Hoffnung, dass dann keine Anfragen mehr gestellt werden.

Stadtverordneter Reinwald schließt sich inhaltlich seinem Vorredner an. Auch er habe es so verstanden, dass eine Kosten-Nutzen-Analyse erfolgen sollte; diese liege nicht vor und somit könne seine Fraktion nicht zustimmen.

Alle weiteren Wortmeldungen hierzu werden von Bgm. König aufgenommen und werden entsprechend „abgearbeitet“. Danach erfolgt ein erneuter Bericht.

Zu TOP 14 Satzung über die Erhebung einer Wettbürosteuer
Vorlage: FA/0020/16-21

Der Haupt- und Finanzausschuss hat mit 7 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Stadtverordneter Arnold teilt mit, dass hierzu schon einige Musterprozesse geführt wurden. Von der rechtlichen Seite bewege man sich damit immer noch ein einer Grauzone. Eine Rückstellung der Ein-

nahmen sollte unbedingt erfolgen, da Linden die 1. Gemeinde in Hessen wäre, die dies so durchführt und es sei sicher mit diversen Klagen zu rechnen.

Stadtverordneter Reinwald bemängelt auch hier, dass keine Kosten-Nutzen-Analyse vorgelegt wurde; eine Zustimmung sei daher nicht möglich.

Laut Stadtverordnetem Arnold könne man eine Steuer nur genau bewerten, wenn diese genau beziffert werden kann.

Dies sei Stadtverordnetem Reinwald durchaus klar. Allerdings seien die Gewerbesteuereinnahmen bekannt und darüber könne man eine Schätzung durchführen.

Stadtverordneter Dr. Schütz schließt sich den Ausführungen des Stadtverordneten Arnold an. Es sollte ein Beschluss gefasst und die Einnahmen „auf Eis gelegt“ werden. Hier sollte ein politisches Signal gesetzt werden; man sollte Flagge zeigen, um der Suchtgefahr zu entgegenen.

Auch Stadtverordneter Schaffer erkennt die Problematik, dass hierzu noch keine höchstrichterliche Entscheidung getroffen wurde, trotzdem sollte eine Entscheidung getroffen werden.

Laut Bgm. König wurde die Finanzabteilung diesbezüglich schon instruiert; die Rücklage kann so gebildet werden.

Laut Stadtverordnete Lang lohnt eine Steuererhebung auf alle Fälle.

Hierzu entgegnet Stadtverordneter Reinwald, dass er nie gegen die Einführung dieser Steuer gesprochen habe; die Beratungsgrundlagen seien nicht transparent genug und neben dem finanziellen Risiko sei auch das Prozessrisiko nicht außer Acht zu lassen. Damit werde auch nur der Steuerzahler belastet.

Zu den Prozesskosten erklärt Bgm. König, dass diese sich nach dem Streitwert richten und daher nicht so hoch sein können. Hinzu komme, dass die Stadt Linden durch den HSGB vertreten werde und somit keine Kosten anfallen, da diese durch die geleisteten Zahlungen abgedeckt sind.

Die Abstimmung über den SPD-Fraktionsantrag Nr. 020/16/21 ergibt bei 2 Enthaltungen und keiner Gegenstimme eine mehrheitliche Annahme.

Zu TOP 15 Ehrenamtspreis
Vorlage: FA/0021/16-21

Zu TOP 16 KITA Rindsmühle
Vorlage: FA/0023/16-21

Zu TOP 17 Antrag zum Thema „Soziales Linden“
Vorlage: FA/0024/16-21

Stadtverordneter Heine bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Bgm. König teilt mit, dass hierzu mehrere Gespräche mit allen Beteiligten durchgeführt werden, die letztendlich dazu geführt haben, dass man zu einem Ergebnis gekommen ist, mit dem alle leben können. In den Ausschusssitzungen wird dies noch näher erläutert.

Stadtverordneter Dr. Schütz erklärt, dass es einen Betreibervertrag mit dem evangelischen Dekanat gebe. Warum könne dies mit der Kindertagesstätte „Die Mäuschen“ nicht so ausgeführt werden?

Laut Bgm. König handle es sich hier um zwei grundsätzlich verschiedene Vertragskonstellationen; anhand eines Beispiels erklärt er den Unterschied.

Stadtverordneter Dr. Schütz erinnert an die Sitzung, an der Frau Arnold (Fachaufsicht Kindergärten) teilgenommen und dabei einen gewissen Druck dahingehend ausgeübt hat, dass „Die Mäuschen“ zu unterstützen wären, da diese in der Bedarfsberechnung enthalten seien.

Bringt diese neue Vorgehensweise nun die erforderliche Rechtssicherheit gegenüber der Aufsicht?

Wie Bgm. König erklärt, gibt es keine rechtliche Verpflichtung, einen Betreibervertrag zwischen Stadt und dem privaten Betreiber abzuschließen; natürlich habe dieser großes Interesse daran. Aber durch die „Bescheiderteilung“ weiß auch Frau Weber rechtzeitig, woran sie ist.

Frau Arnold ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Stadtverordneter Fischer erscheint es sinnvoll, wenn dies in den Ausschüssen vorgestellt wird.

Abschließend erlaubt er sich die Bemerkung, dass es sich hier entgegen der Formulierung im Antrag nicht um einen Berichtsantrag handelt.

Stadtverordneter Dr. Schütz verweist den Antrag in die Ausschüsse.

Zu TOP 18 Antrag gem. § 12 GO
Willkomenspaket für Neu-Lindener
Vorlage: FA/0025/16-21

Der Antrag wird von Stadtverordneten Rippl eingebracht und entsprechend begründet.

Nach kurzer Diskussion wird der Antrag an den Fachausschuss HFA verwiesen.

Zu TOP 19 Antrag gem. §12 GO
Vorlage: FA/0026/16-21

Der Antrag wird von Stadtverordneten Lodde eingebracht und begründet.

Der Antrag wird an den Ausschuss für Jugend, Soziales, Sport und Kultur verwiesen.

Stadtverordneter Heine bittet darum, dann einen entsprechenden Lageplan beizufügen und auch eine Ortsbesichtigung vorzunehmen.

Zu TOP 20 Antrag gem. § 12 GO
Vorlage: FA/0027/16-21

Der Antrag wird vom Stadtverordneten Hille eingebracht und begründet.

Der Ausschuss für Jugend, Soziales, Sport und Kultur hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart führt aus, dass der Magistrat die Resolution vortragen und für die Ausschusssitzung einen Referenten der KV einladen soll.

Die Abstimmung über den Antrag erfolgt einstimmig.

Bevor die Tagesordnung weitergeführt wird, überreicht Stadtverordnetenvorsteher Burckart der zwischenzeitlich eingetroffenen Stadtverordneten Schaffer zur Geburt ihres Sohnes einen Blumenstrauß.

Zu TOP 21 Anfragen der Stadtverordneten und Verschiedenes

Laubbläser

Stadtverordneter Dr. Schütz wurde darauf angesprochen, dass der städtische Laubbläser nicht der Lärmschutzverordnung entspreche. Dies wurde bei Einsatzzeiten festgestellt.

Bgm. König kann sich dies zwar nicht vorstellen, wird es aber überprüfen.

Hilfspolizeibeamter

Stadtverordneter Dr. Schütz erklärt, dass die Verkehrssituation in Linden deutlich entspannter geworden ist, nachdem die Arbeiten im Kreuzungsbereich Autobahn/Robert-Bosch-Straße abgeschlossen sind. Trotzdem gebe es immer wieder Beschwerden wegen überhöhter Geschwindigkeiten. Er fragt daher nach, ob die Stadt Linden noch einen Hilfspolizeibeamten beschäftige.

Dies wird von Bgm. König zwar bejaht, aber leider befinde sich Herr Koch im Krankenstand. Man versuche gerade eine Krankheitsvertretung zu organisieren.

Einladung Stadtverordnetenversammlung

Stadtverordneter Fischer regt an, dass man die Einladung/die Tagesordnung zur Sitzung anders formulieren sollte, da über die Tagesordnungspunkte oft nur berichtet wird, in der Öffentlichkeit aber der Eindruck entsteht, dass eine Beratung erfolgt.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart teilt hierzu mit, dass dies schon im Ältestenrat besprochen wurde und entsprechend geändert werden soll.

.....
Vorsitzender Ralf Burckart

.....
Protokollant Renate Wolf